

# Grenzregion fürchtet um Arbeitsplätze

Von «tief durchatmen»

bis «dramatisch» reicht die Bandbreite der Reaktionen in der Schaffhauser Wirtschaft.

VON ROLF FEHLMANN

SCHAFFHAUSEN «Vom Zeitpunkt her ist vermutlich jeder auf dem falschen Fuss erwisch worden» – mit dieser Einschätzung stimmte Giorgio Behr, Präsident der Industrie- & Wirtschaftsvereinigung Schaffhausen IVS, mit allen befragten Unternehmens- und Verbandsvertretern der Schaffhauser Wirtschaft überein.

Jetzt müsse man «erst mal tief durchatmen und das Ganze in Ruhe angehen», riet Behr: «Ruhe und Reflexion bringen mehr Lösungen als hektisches Fordern.»

Von der Freigabe des Wechselkurses hart getroffen werden laut dem IVS-Präsidenten «diejenigen, die nicht weg können von hier, wie zum Beispiel Tourismus und Detailhandel». Profitieren hingegen würden «diejenigen, welche sich bewegen können, also Importeure und Konsumenten, die ennet der Grenze und über das Internet einkaufen können».

Das Absacken des Wechselkurses auf nahezu Parität bedeute für viele «gewaltige Buchverluste auf den Bilanzen» – Investitionen im Euroraum von Konzernen mit Sitz in der Schweiz seien allen Absicherungsmassnahmen zum Trotz schlicht weniger wert. Noch härter werde das Leben für Industriezulieferer mit Sitz in der Schweiz und Kunden im Euroraum. Unternehmen dagegen, die bereits heute beispielsweise in Tschechien, Deutschland, Frankreich oder Asien produzierten, würden ihre Strategie noch konsequenter umsetzen: «Bei denen geht die Bewegung im Sinne der Verlagerung weiter.» Überhaupt, mahnte IVS-Präsident Behr, «wäre jetzt die richtige Reaktion zu fragen, was können wir unternehmen, um Arbeitsplätze in der Schweiz behalten zu können?» – gute Rahmenbedingungen seien letztlich entscheidend für den Standort Schweiz.



Der starke Franken dürfte den Einkaufstourismus verstärken – zum Leidwesen auch des Schaffhauser Detailhandels. Bild Key

Als «dramatische Entwicklung aus der Sicht der Schaffhauser Sektion des Verbandes Swissmechanic» bezeichnet deren Präsident Konrad Stadelmann die Freigabe des Wechselkurses. «Allein durch die Änderung des Wechselkurses haben heute Morgen viele KMU mit hohen Eurobeständen in ihren Büchern schmerzhaft hohe Summen verloren», so Stadelmann. Der Druck auf die Margen sei auch mit der Kursuntergrenze von 1.20 «kaum auszuhalten» gewesen, «und jetzt fällt auch noch die Planungssicherheit weg.» Die Branche sei in den vergangenen Jahren ohnehin durch die Banken- und die Eurokrise gebeutelt worden: «Viele Unternehmen haben von der Substanz gelebt und Investitionen zurückgestellt.» Sollte sich der Kurs mittelfristig nicht wieder auf einem Niveau von 1.15 einpendeln, gehe er «schon davon aus, dass dies auch Arbeitsplätze kosten wird. Die heutigen Lohnkosten sind mit der gegenwärtigen Marge jedenfalls kaum mehr zu decken. Es sei

denn, man will drastische Massnahmen in Betracht ziehen wie Vertragsanpassungen.»

Gewerbe und Detailhandel zeigten sich überrascht und tief besorgt: «Das ist eine enorm grosse Herausforderung für unseren grenznahen Raum», sagte Barbara Müller-Buchser, Präsidentin des Kantonalen Gewerbeverbandes. Angesichts dieser neuen Rahmenbedingungen seien «Flexibilität und Innovationskraft» gefragt. Ins gleiche Horn stiess Ernst Gründler, Präsident der Pro City, der Organisation der Detaillisten und Dienstleistungsfirmen in der Stadt Schaffhausen: «Das ist ganz bestimmt nicht von Vorteil für den Detailhandel in unserer grenznahen Region.» Das Ausmass dieser Entwicklung könne er derzeit allerdings noch nicht abschätzen, sagte er.

Auch für den Industriekonzern Georg Fischer (GF) sei es «noch zu früh, schon alle Konsequenzen einzuschätzen. Der Nebel muss sich zuerst lichten», sagte Beat Römer, Leiter der

Konzernkommunikation. Der Mindestkurs von 1.20 habe es GF ermöglicht, «während der letzten drei Jahre Massnahmen zu ergreifen, um beim Euro ein natürliches Hedging zu erreichen; das heisst, wir verkaufen so viel in Euro, wie wir kaufen.» Beim US-Dollar habe sich GF «für 2015 weitgehend finanziell gehedgt», also das Währungsrisiko abgesichert.

Der gestern Abend gegen Parität steuernde Wechselkurs sei schlecht für Trapeze, sagte deren Kommunikationschef Matthias Stahel. Für den Systemlieferanten, der in Neuhausen Systeme für die Steuerung des öffentlichen Verkehrs entwickelt, sei der Euroraum einer der Hauptmärkte, so Stahel. Den Wettbewerbsnachteil durch den starken Franken mache man ein Stück weit wett mit Innovationsfähigkeit und mit dem Know-how der Mitarbeitenden. Um dem starken Druck auf die Marge zu begegnen, habe man Tätigkeiten wie zum Beispiel die Hardwarefertigung in den Euroraum ausgelagert.

## Reaktionen

### Verbände zeigen sich überrascht und besorgt

BERN/ZÜRICH Die Gastgewerbeverbände Hotellerieuisse und Gastrosuisse sehen ihre Branche durch die Aufgabe des Euro-Franken-Mindestkurses in grosser Gefahr. Das Ferienland Schweiz werde teurer, und die Wettbewerbsfähigkeit der Hotels und Restaurants gehe zurück, hiess es gestern in einer Mitteilung.

«Der Einkaufstourismus wird zunehmen», kommentierte Sara Stalder, Geschäftsführerin der Stiftung für Konsumentenschutz, den Entscheid der Nationalbank. Die Preisdifferenzen zwischen Schweiz und EU würden wieder wachsen. Wenn internationale Anbieter mit Filialen in der Schweiz einen Preisaufschlag in der Schweiz verrechneten, werde die Differenz nun noch grösser, stellte Stalder gegenüber der Nachrichtenagentur SDA fest.

### Economiesuisse: «Problematisch»

Der SNB-Entscheid ist aus Sicht des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse zum aktuellen Zeitpunkt nicht nachvollziehbar und völlig überraschend. Die Aufhebung der Wechselkursuntergrenze sei für die gesamte Wirtschaft problematisch. Laut Economiesuisse besteht die Gefahr, dass der Franken derart stark bleibt, dass sich die Exportindustrie und der Tourismus nicht innert nützlicher Frist den neuen Währungsverhältnissen anpassen können. Viele Betriebe, die bei «einem vernünftigen Wechselkurs» wettbewerbsfähig wären, müssten wohl die Segel streichen, stellte Economiesuisse fest.

Der Gewerkschaftsdachverband Travail.Suisse ist besorgt über die Aufhebung des Mindestkurses durch die Nationalbank. Bei einer unkontrollierten Frankenaufwertung drohe ein Kahlschlag bei den Stellen. Das müsse verhindert werden. Der Bundesrat müsse alles prüfen, etwa eine Kapitalverkehrskontrolle, teilte der Verband gestern mit. Der Entscheid zur Mindestzinsaufgabe zum jetzigen Zeitpunkt ist für Travail.Suisse indessen nachvollziehbar. (sda)

# Verständnis, aber auch Kritik für die SNB

Ein schlechter Tag für die Wirtschaft – das finden alle vier Schaffhauser Bundesparlamentarier. Sie appellieren nun an die Konsumenten zur Solidarität mit dem einheimischen Gewerbe.

VON FLAVIO RAZZINO

SCHAFFHAUSEN Der Entscheid der Schweizerischen Nationalbank (SNB), den Euromindestkurs fallen zu lassen, hat auch die Schaffhauser Bundesparlamentarier überrascht. SP-Nationalrätin Martina Munz etwa hält die Massnahme der SNB für unverständlich. «Ich habe zwar erwartet, dass sie den Mindestkurs lockern könnte, aber dass sie ihn freigibt, hat mich erstaunt», so Munz gegenüber den SN. Sie spricht denn auch von einem Hochrisikoentscheid, «welcher die Schweizer Wirtschaft hart treffen könnte». Dennoch betont Munz, dass sie Vertrauen

in die SNB habe. «Bislang hat die SNB eine gute Geldpolitik verfolgt und im Interesse der Schweiz gehandelt – dennoch blicke ich nach dieser Entscheidung heute Morgen mit Sorge in die Zukunft», so Munz.

Ins gleiche Horn bläst auch der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter. «Ich halte den Entscheid der SNB für gefährlich, vor allem für die Grenzregionen, die Exportwirtschaft und den Tourismus», meint er. Es sei zwar schon bei der Einführung des Euromindestkurses im Jahr 2011 klar gewesen, dass dieses Mittel nicht ewig eingesetzt werden könne, «aber gerade KMU werden jetzt vor massive Probleme gestellt. Das muss man im Auge behalten», so Hurter. So sieht er jetzt auch die Politik in der Pflicht. «Jetzt muss die Politik Rahmenbedingungen schaffen, damit die kleinen und mittleren Unternehmen in dieser schwierigen Situation unterstützt werden können», so Hurter. Am Entscheid der SNB sieht er aber auch Positives. Es sei klar gewesen, sagt der SVP-Nationalrat, dass der massive Euroeinkauf der Nationalbank so nicht habe weiter-

gehen können. «Dies hätte unsere Volkswirtschaft gefährdet», meint er. Für ganz entscheidend hält Hurter nun auch die Reaktion der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten: «Die Nationalbank hat A gesagt, die Politik muss jetzt B sagen und die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern, und die Konsumenten in der Schweiz sollen C sagen – das heisst das örtliche Gewerbe unterstützen und nicht vom billigen Euro im Ausland profitieren», so Hurter.

### «SNB hat Lage falsch eingeschätzt»

Auch Ständerat Thomas Minder appelliert nun vor allem an die Konsumenten, Solidarität mit dem Schweizer Gewerbe zu zeigen. «Mir graut es davor, dass nun gerade in Grenzkantonen wie Schaffhausen die Menschen ins Ausland einkaufen gehen und dort ihr Geld ausgeben – das würde die KMU in der Schweiz, die sowieso vor schwierigen Herausforderungen stehen, vor noch grössere Probleme stellen und auch der ganzen Schweizer Wirtschaft schaden. Für die Nationalbank hat Minder vor allem Kritik übrig. «Klar

ist, dass die SNB die Situation falsch eingeschätzt hat. Sie dachte, der Euro hätte einen Wert von 1.20 Franken oder vielleicht auch 1.15 Franken – dass er dann aber derart abstürzt, hat sie nicht erwartet», sagt Minder.

Das sieht Hannes Germann, SVP-Ständerat, anders: «Aus Sicht der SNB ist die Aufhebung des Euromindestkurses sicher vernünftig, als Politiker bin ich denn auch erleichtert, dass die Bilanz der SNB nicht weiter aufgebläht wird.» Aber auch Germann sieht schwierige Zeiten auf die Schweizer Wirtschaft zukommen. «Der Euro könnte sich deutlich tiefer, sogar unter Parität, einpendeln, womit der Druck auf den Produktionsstandort Schweiz massiv erhöht würde. Produktionsbetriebe sind nun gezwungen, noch konkurrenzfähiger zu werden, oder müssen gar Arbeitsplätze auslagern», sagt Germann, und weiter: «Für die Exportwirtschaft, aber auch für unser grenznahes Gewerbe ist der Entscheid ein harter Schlag, sie werden jetzt vor grosse Herausforderungen gestellt. Dementsprechend gab es an der Börse auch eine Schockreaktion.»

## Lob von rechts, Kritik von links

VON TOBIAS GAFAFER

ST. GALLEN Der Entscheid der Nationalbank überraschte gestern alle Politiker. Die Reaktionen sind unterschiedlich. SVP-Exponenten begrüssen den Schritt: «Die SNB macht die Geldpolitik der Schweiz wieder eigenständig», sagt Nationalrat Thomas Aeschi (ZG), Mitglied der Wirtschaftskommission (WAK). Es sei stets klar gewesen, dass der Euromindestkurs nicht ewig zu halten sei. Der Entscheid sei positiv für die Binnenwirtschaft und die Sparer. Falls es in der Exportwirtschaft oder dem Tourismus zu Struktur Anpassungen kommt, muss laut Aeschi zwingend die Zuwanderung beschränkt werden.

Kritischer reagiert die FDP: Dass die SNB eine Ausstiegsstrategie verfolgen müsse, sei zwar stets klar gewesen, schreibt die Partei. Der Schock für die Märkte und die Schweizer Wirtschaft, für die Exportindustrie und den Tourismus, sei aber beträchtlich. Nationalrat Ruedi Noser (ZH), Präsident der WAK, sagt: «Man kann nicht behaupten, die ganze Wirtschaft habe sich auf den Schritt vorbereiten können.»

Lautstark protestierte die Linke: Die SP spricht in einer Mitteilung von einem Hochrisikoentscheid. Damit riskiere die Schweiz katastrophale Folgen für die Volks- und Exportwirtschaft. Präsident Christian Levrat schreibt, die SNB knicke vor Spekulanten ein. Die Interessen des Finanzplatzes würden höher gewichtet als jene des Werkplatzes.



**Martina Munz**  
SP-  
Nationalrätin



**Thomas Hurter**  
SVP-  
Nationalrat



**Thomas Minder**  
Ständerat,  
parteilos



**Hannes Germann**  
SVP-  
Ständerat